

Börsliche



1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeichbilder“ und „Literarische Umschau“. Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“. Donnerstag: „Recht und Leben“.

Verlag Ulstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (im Ausd. d. Handg.): L. V. Dr. jur. Albrecht Graf Montgolfier, Berlin. (Tavert.) Manusk. werden zurückgegeben, wenn 7-10 beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Versehr. Centralo Ulstein, Am Dönhofs 386-388, für den Fernverkehr Am Dönhofs 386-388. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 608.

Rabinet Briand gebildet

Caillaux als Finanzdirektor

Wichtigste Dienste der „Börslichen Zeitung“

In Paris, 23. Juni

Das neue Rabinet Briand, dessen Zusammenkommen seit heute mitag gefestigt erscheint, ist gebildet. Es hat folgende Zusammenlegung:

- Ministerpräsident und Minister des Äußeren: Briand;
- Finanzminister: Caillaux; Justizminister: Casati; Kriegsminister: General Guillaumat; Marineminister: Rogues;
- Unterrichtminister: Rogues; Öffentliche Arbeiten: Daniel Vincent; Handelsminister: Chapsal; Arbeitsminister: Darcour; Kolonialminister: Ferrie; Landwirtschaftsminister: Brien; Pensionen: Jourdan.

Unterstaatssekretäre: Bei der Ministerpräsidenten: Danielou, beim Finanzministerium: Bédier, beim Kriegsministerium: Biot, bei der Handelsminister: Balade, bei der Justizminister: Laurent, Epoux; bei der Öffentlichen Arbeiten: Brien; bei der Arbeitsminister: Brien; bei den Pensionen: Jourdan.

Caillaux hat seine Beteiligung davon abhängig gemacht, daß er sich auf die Aussicht seiner Mitgließer einen mitbestimmenden Einfluß habe. Er hat vor allem verlangt, daß das Kriegsministerium, das Ministerium des Innern, der Justiz, das Handelsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten mit Vollmachten aus seiner nächsten Umgebung befreit werden, auf deren Zuverlässigkeit und Ergebenheit er sich verlassen könne, und er hat sich damit begnügt haben, daß die Maßnahmen, die er zur Geltendmachung der Währung für erforderlich halte, ihn zwingen, mit

der Möglichkeit von Streiks und Unruhen zu rechnen. Im Hinblick darauf mußte er der unabhängigen Autorität und Festigkeit der zuständigen Ministerien sicher sein.

Was darüber hinaus heute von den Wählern in Befestigung einer von uns bereits früher gegebenen Mitteilung mitgeteilt wird, muß damit gerechnet werden, daß das Schicksal am dem Ultimo zu erwartenden Wahlen in seiner Weise gemacht sein wird. Der sich morgen erwartete Wohnnachsweis der Stadt von Frankreich soll eine Erhöhung der Besteuerungen an den Staat um eine Milliarde bewirken, so daß von dem im Dezember a. J. bewilligten 8-Milliarden-Anleihe-Bestimmungen des Schatzamtes nur noch eine Milliarde zur Verfügung steht. So dieht nicht im entferntesten hinreichend, die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, so wird aber Berücksichtigt noch die ersten Maßnahmen des neuen Finanzministeriums sein müssen, von Kammer und Senat die Zustimmung zur Wiedererrichtung der Rentenpresse einzuholen.

Das ist auch der Grund gewesen, warum alle Politiker, die der Reihe nach Briand und Berriot für das Finanzministerium in Aussicht genommen hatten, von Briand nicht angenommen, über Briand und Berriot bis zu Briand, sich nachdenken sie von dem wahren Stand der Dinge Kenntnis erhalten hatten, im entscheidenden Moment zurückgegangen haben. Caillaux ist ebenfalls im Augenblick der einzige Politiker, der den Briand, mit der Politik der Wahlen, mit der man das französische Volk über den Stand der Situation bis heute hinwegtäuscht hat, zu brechen. Aber auch dies wird nicht ohne schwere innerpolitische Erschütterungen geschehen, und man wird sich für die nächsten Wochen auf mangelnde Überwachungen gefaßt machen müssen.

Geistliche Volkshygiene

Die Verflechtungen des Geistes und des Gemütsgeistes.

Von Dr. Werner Koberholz

Das Fäulnisge, die Stoffe zum Fäulnisge, das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schmutz; alle diese Dinge sind unauflöslich miteinander verbunden. Die Verflechtung der Verflechtung, das heißt in ihrer Auswirkung, behindert. Ein Götter alter liberaler Theologie wird damit abgebaut, und die Angriffe, welche gegen diese Dinge etwa unternommen werden, richten sich gegen den Kern eines jeden Zeitalters, nicht gegen die Verflechtung, sondern gegen die Verflechtung, welche aus einer parteiischen, unzulänglichen, heimlichen Handhabung und Ausführung der Fäulnisge entstehen. Unauflöslich ist die allgemeine Meinung über die Fäulnis in einer Umkehrung begriffen, wenn auch nicht verändert werden darf, daß Befreiung des alten liberalen Standpunktes zum Teil auch gerade in sozialistischen Kreisen nicht selten sind.

Eine der Grundlagen des modernen Staats- und Gesellschaftslebens ist es sich im Jahre 19. Jahrhunderts herausgebildet hat, ist die Verwirklichung der Freiheit des Geistes, die sich in der Pressefreiheit, in der Toleration des Staates gegenüber weltanschaulichen Kämpfen, in der Verfreiheitlichkeit darstellt. Die Befreiung des geistigen Lebens hat nur neuen überaus günstigen Folgen auch das literarische geistige, das eine bestimmte Sorte von „literarischen“ und „künstlerischen“ Geschichtsmächten unter dem Schutze dieser Freiheit durch Spezialität auf eben diese einwirkende niedrige Instanz der Verflechtungen von „geistigen“ Verbindungen, nur allem auf die ungeliebliche Jugend aller Stände loszulassen konnte. Gewiß war es durch die Bestimmungen des Ehegesetzes immer möglich, in sehr strengen Fällen einzugreifen, doch erregte es sich, doch hierbei mit Mühe auf sich einen nur geistigen, nicht wirklich vorhandenen, „Normalmenschen“ ebenso oft Werke der ersten Literatur, in denen neue Lebensformen, moralische Erneuerungsbestrebungen oder Neubildung geistiger Götter Gegenstand der Darstellung waren, wie gemeine Schmutz- und Schmutzschriften und pseudo-literarische Veröffentlichungen unter Auflage gestellt wurden. Gegenüber dieser „Schmutz- und Schmutzschriften“ wird heute eine „Zensur“ als berechtigt empfunden, freilich nicht eine Zensur auf weltanschaulichem Basis, sondern auf geistlich-hygienischer Grundlage.

Entscheidend an dieser ganzen Betrachtungsweise gegenüber der Zensur ist, daß sie nicht so sehr als eine Angelegenheit der Freiheit, ja, nicht einmal der Moral, angesehen oder nicht der Politik, sondern der geistigen Hygiene empfunden wird. Entscheidend ist, daß die Zensur auf die Verflechtung der Schmutzwerke, einseitig umfassen ist. Das normale Buch, das normale Gedicht oder Reproduktion, in normaler Auflage und mit normaler Vertrieb ist schon durch die äußeren Kennzeichen nicht mit der Schmutzproduktion zu verwechseln.

Gewiß also wäre alles in Ordnung, und man könnte einem Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schmutzschriften zustimmen, wenn die tatsächliche Geltung des Gesetzes einigermassen diesem Gesichtspunkt der geistigen Volkshygiene entspräche. Gerade in der „Börslichen Zeitung“ ist oft genug auf die grundsätzliche Berechtigung eines derartigen Gesetzes hingewiesen worden. Es sind weitere politische Verhältnisse gemacht worden, die hätte man sie in das Gesetz einbeziehen es zu einem entscheidenden Organ der geistigen Volkshygiene gemacht hätten. Was aber nun in den bisherigen Beratungen herausgekommen ist, zeigt eine fändeuliche Fäulnisge zur Zensur alten Göttes, daß gerade diejenigen, die die politische Freiheit verurteilen haben, auch die geistliche Freiheit auf das entsetzliche Gegen das Zustandekommen des Gesetzes in seiner jetzigen Form einzuwirken.

Sechs Punkte sind es, die das Fäulnis, in dem gefeuer werden soll, deutlich zeigen: Man hat in dem Entwurf nicht die Einmütigkeit in der Beurteilung dessen, was „Schmutz und Schmutz“ ist, zur Voraussetzung der Schmutz des Bundes auf den Ander gemacht, sondern nur eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben. Man hat weiter nicht eine einseitige, sondern eine beidseitige Zensur vorgeschrieben, überläßt den „Bündlern“ sich beratende Zensurstellen einzurichten, und hat die Reichsanzwältstelle nur als zweite Instanz vorgesehen. Man hat ferne nicht einseitig den rechtlichen Bereich des Fäulnis als das Verbot der Schmutzschriften durch den rechtlichen Verbotsbereich gestrichelt. Man hat bei der Zusammenlegung der Verflechtungen die Reichsversammlung gegenüber anderen Organisationen und vor allem gegenüber den Landesparlamenten, den Schmutzschriften und Berlegern nicht eine erhebliche Verflechtung, sondern eine Verflechtung nach der politischen, soziale, kirchliche, ethnische oder weltanschauliche Tendenzen nicht zur Beurteilung eines Bundes oder einer Schrift ausreichen, durch den Jurist „als solcher“ zu

Der Dänenvertrag angenommen

Der Reichstag nahm in seiner Mittwochsabend-Sitzung mit 221 gegen 158 Stimmen bei zehn Enthaltungen in namentlicher Abstimmung den deutsch-dänischen Handelsvertrag an.

Mit dieser Abstimmung ist ein wichtiger Schritt zu einer vernünftigen Regelung der schwedischen Zollfragen getan. Denn die Deutschdänischen, die gegenwärtig ihre Erhebung der Agrarzölle betreiben, wollten den deutsch-dänischen Handelsvertrag als Verflechtungsmittel benutzen, um die in dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag enthaltenen Zollherabsetzungen durchzuführen. Dieses tatsächliche Manöver ist durch die gefällige Abstimmung unmöglich gemacht.

Ob der deutsch-schwedische Handelsvertrag in der dem Reichstag vorliegenden Form Gesetz werden wird, ist noch ungewiß. Die bisherigen Verhandlungen der Reichstages mit der Reichsregierung haben ergeben, daß die sofortige Erhebung der Ostseezölle vom 1. August ab im Parlament auf den nächsten Winterabend, namentlich der Demokraten und Sozialdemokraten, stehen wird. Was die einmütige Forderung aller großen Gewerkschaften, die Erhebung der Zölle vorläufig auf zwei Monate zu verschieben, und die in gleicher Richtung gehende Entscheidung des Reichstages in der Sitzung am 17. Oktober auf die Regierung nicht ohne Grund gefällig.

„In dem nächsten Tagen werden im Reichstagsauschuß Verträge gemacht werden, die bestehenden Gegenstände zu überwinden, ihre besondere werden, wie wir wissen, am kommenden Montag Verhandlungen zwischen der Regierung des Innern und der Sozialdemokratie über eine Kompromißform stattfinden.“ Das Zentrum ist vorläufig zu einer Einschränkung der Zollherabsetzungen nicht bereit, aber man darf annehmen, daß die Christlichen Gewerkschaften und ein Teil der dänischen Vertreter auch im Zentrum eine Wiederrück der von der Reichstagesplan Zollherabsetzung durchsetzen werden.

Weder Verhandlungen über die Agrarzölle noch die Verhandlungen über die Zölle sind ungewiß. Am Endmittags sind gefürnte eine interaktionelle Befreiung der Vertreter der Regierungsparteien statt. Die Regierungsparteien haben sowohl die Sozialdemokraten wie die Deutschdänischen aufgefordert, ihre Änderungsansprüche schriftlich zu formulieren und

fieren und den Regierungsparteien zu überreichen. In der interaktionellen Befreiung sollen dann die beiderseitigen Änderungsansprüche befreit werden.

Wenn auch schon mit Rücksicht auf eine möglichst frühe Erzielung der Zölleherabsetzung — der Reichstag rechnet damit, am 2. Juli in die Ferien gehen zu können — weitgehende Veränderungen des Regierungsentwurfs vermeiden werden sollen, so ist man doch für einige Änderungen bereit, die namentlich aus der Sozialdemokratie die Annahme des Gehaltenturms ermöglichen könnten. (Siehe auch 3. Seite.)

Brasilians Außenminister an Deutschland

Drahtmeldung

Rio de Janeiro, 23. Juni

Zu Ehren des deutschen Botschaftssekretärs „Meteor“ gab der deutsche Konsule Dr. Knopps ein Essen, an dem der brasilianische Außenminister, die Minister des Äußeren, der Marineminister sowie Vertreter anderer Behörden und der wissenschaftlichen Kreise teilnahmen. Hierbei hielt der brasilianische Minister des Äußeren eine bedeutsame Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: Brasilien ist ein Land, das immer lebhaftere Verbindungen mit Deutschland empfunden habe. Die deutsche Mitarbeit habe sich auf allen Gebieten, nicht nur materiell als innerer wertvoll für Brasilien erwiesen. Viele Erzeugnisse des Landes hätten den Einfluss dieser wertvollen Zusammenarbeit empfunden. Die hierdurch geschnittenen herzlichsten Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland seien von Dauer und verstärken sich immer mehr. Häufige Kontakte, die in der Vergangenheit gegeben hätten, hätten Einfluss dabei, die in getrennte Wege zu bringen verfehlt; in Verantwortlichkeit habe jedoch Deutschland nichts von Brasilien gelernt. Die gemeinsamen Interessen beider Länder sind und bestanden die besten. Diese wichtige, zwischen Brasilien und Deutschland bestehende Beziehungen sind schließlich bei der Besetzung Ausrunder, daß Deutschland in aller Art werden erfahren muß, indem es für die Wiederherstellung seiner alten Stellung in internationaler Weltfriede mit anderen Völkern arbeite. Die „Meteor“-Expedition sei hierfür ein gutes Beispiel.